



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **P 12 Postulat Schuler Josef und Mit. über die Förderung von klimaangepassten robusten Kultur- und Nutzpflanzen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Willi Knecht beantragt Ablehnung.

Josef Schuler hält an seinem Postulat fest.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion beantragt Ablehnung. Das Postulat fordert, dass der Kanton die Forschung, den Anbau und den Absatz von Kultur- und Nutzpflanzen fördern soll, die Bevölkerung mittels Beratung aufklärt und die Landwirte bei einer Umstellung mit finanziellen Mitteln unterstützt. Aus Sicht der SVP macht Agroscope, das Kompetenzzentrum des Bundes für landwirtschaftliche Forschung, eine sehr kompetente, zuverlässige und zukunftsorientierte Arbeit. Es werden laufend neue Sorten erforscht, gezüchtet und an die neuen Herausforderungen wie Krankheiten, Klimawandel und den neuen Marktbedarf angepasst. Aus Sicht der SVP bringen Doppelspurigkeiten keinen Vorteil, auch eine neue Beratungs- und Verwaltungsstelle und die entsprechenden finanziellen Mittel lehnen wir klar ab.

Josef Schuler: Die Klimaveränderung findet statt und ist unberechenbar. Die Pflanzen können sich nicht so schnell an diese Veränderung anpassen, wie wir es gerne hätten. Zudem werden falsche Pflanzen oder Kulturen gepflanzt, die sich später nicht bewähren und die einheimische Fauna bedrohen. Die Ansprüche an die Naturprodukte unserer Landwirtschaft sind jedoch enorm. Wir müssen die Weiterentwicklung der Kulturpflanzen vorantreiben. Die Qualität soll dabei nicht leiden, es sollen aber auch Produkte konsumiert werden, die auf den ersten Blick nicht so schön aussehen. Wir müssen toleranter werden, es darf auch einmal einen Wurm im Apfel oder eine Laus im Salat haben. Unsere hohen Ansprüche treiben die Bauern zu radikalen Massnahmen. Um die schwachen Pflanzen vor Bodenfrost zu schützen, werden in den Baumanlagen Fackeln abgebrannt und dadurch CO<sub>2</sub> freigesetzt. Die Bäume in den Monokulturen sind extrem sensibel, weil sie auf Produktion gedrillt sind. Konsequenterweise müssten die Bauern auf robustere Pflanzen umstellen können, aber das ist nicht einfach. Damit die Bauern diese Massnahmen treffen können und die Bevölkerung für diese Veränderung sensibilisiert wird, braucht es Ressourcen. Leider reichen die vorhandenen kantonalen Ressourcen nicht aus, um die entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Der Kanton soll im Bereich der Information und der Aufklärung der Bevölkerung mehr Verantwortung übernehmen. Es ist wichtiger denn je, dass die Bevölkerung über die Möglichkeiten der Klimaadaptation informiert wird. Ich halte deshalb an meinem Postulat fest.

Martin Birrer: Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir sind der Ansicht, dass der Kanton das geforderte Anliegen bereits aufgenommen hat. Seit geraumer Zeit achten die Landwirte darauf, dem Klima angepasste Kultur- und Nutzpflanzen anzubauen. Sie können

sich keine durch die Natur verursachten Ernteeinbussen leisten. Die Auflagen zur Verwendung von Pestiziden sind bereits heute hoch. Die geforderten Pflanzen, welche mit wenig Wasser auskommen und frostbeständig sind, sind oft genmanipuliert und hochgezüchtet. Dies ist sicher nicht im Sinn einer ökologischen Landwirtschaft. In der Schweiz erfolgt die Forschung vorwiegend auf nationaler Ebene durch Agroscope. Man versucht die Acker- und Gemüsekulturen, aber auch die Futterpflanzen dem Klima anzupassen. Zudem werden die Bäuerinnen und Bauern laufend über die Entwicklungen informiert und geschult. Die hohen Anforderungen, welche das Postulat verlangt, können mit den finanziellen Mitteln des Kantons nicht in diesem Ausmass gewährleistet werden.

Markus Odermatt: Die CVP-Fraktion unterstützt die Regierung, die in ihrer Stellungnahme zu Recht auf die beiden erheblich erklärten Postulate P 677 und P 714 verweist. Ich kann zudem bestätigen, dass die Forschung für robuste Kulturen stark vorangetrieben wird. Zusätzlich werden neue Anbautechniken laufend verbessert und den Umständen angepasst. Manchmal dauert es ein Jahr, manchmal finden sich schon nach kurzer Zeit praxistaugliche Lösungen. Für praxistaugliche Lösungen braucht es einen guten Austausch zwischen der Produktion, der Beratung und der Forschung. Die neusten Erkenntnisse werden uns Landwirten und Landwirtinnen mittels Kursen, Fachzeitschriften und Broschüren zur Verfügung gestellt. Die vorhandenen Ressourcen sollen dabei eher in die Forschung und die Entwicklung fliessen. Es braucht nicht zwingend eine neue Informationskampagne des Staates für die Bevölkerung. Wir wollen nicht mehr Staat. Wir von der Landwirtschaft sind bemüht, die Konsumenten selber mit verschiedenen Plakaten und Informationsposten über diese Entwicklungen zu informieren. Schlussendlich stelle ich das persönliche Gespräch in den Vordergrund. Die CVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion ist sich des fortschreitenden Klimawandels schon lange bewusst und unterstützt seit Jahren zahlreiche Massnahmen zur Stabilisierung und Verbesserung der Situation. Mit Genugtuung beobachten wir, dass das Klimaübereinkommen von Paris eine immer grösser werdende Unterstützung sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Organisationen genießt. Die GLP unterstützt grundsätzlich die Doppelstrategie des Kantons Luzern, die die Verminderung des Ausstosses von Treibhausgasen und die Anpassung an den Klimawandel zum Ziel hat. Wichtig ist für die GLP, dass die Regierung schon jetzt greifbare Massnahmen umsetzt und nicht auf den für das Jahr 2021 angedachten Bericht wartet. Nun zu den konkreten Forderungen des Postulats: Aus unserer Sicht macht die heute konzentrierte Forschung auf nationaler Ebene bei Agroscope absolut Sinn. Die kantonalen Ressourcen sollen bevorzugt für die effektive Umsetzung von Massnahmen zum Klimaschutz eingesetzt werden. Die geforderte Beratung der Bäuerinnen und Bauern scheint uns bereits durch das Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung genügend abgedeckt zu sein. Wir sehen in diesem Bereich keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. Die als wichtig anerkannte Aufklärung der Bevölkerung soll direkt mit den in den nächsten Monaten und Jahren umzusetzenden Massnahmen zum Klimaschutz verbunden werden, um Synergien zu nutzen und schonend mit den kantonalen Personalressourcen umzugehen. Die GLP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Valentin Arnold: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt der Erheblicherklärung zu, obwohl auch wir sehen, dass die Zuständigkeit für die Forschung und Züchtung neuer Pflanzensorten beim Bund liegt. Es geht aber nicht nur um die Forschung, sondern auch um den Abbau und den Absatz. In diesem Bereich könnte der Kanton aktiv werden. Zudem sind nicht nur Bäuerinnen und Bauern von diesem Anliegen betroffen, ich sehe auch grosse Möglichkeiten in den Städten. Andere Städte machen uns mit Fassaden- und Dachbegrünungen schon etwas vor. Der Beratungsbedarf bei der Bevölkerung und den Hauseigentümern ist diesbezüglich sehr gross. Auch in diesem Bereich braucht es angepasste Sorten und Züchtungsmethoden.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Forschung ist Aufgabe des Bundes. Wir haben unser Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung, das bereits viel Aufklärungsarbeit übernimmt,

vor allem für die Berufsleute und die Landwirtschaft. Weitere Informationen, die der Kanton zur Sensibilisierung der Bevölkerung leisten kann, werden Gegenstand des geplanten Planungsberichts über den Klimaschutz sein. In diesem Bericht werden wir eine Auslegeordnung vornehmen, wo der Kanton mithelfen und welche Aufgaben er übernehmen kann. Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 72 zu 31 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 72 zu 33 Stimmen teilweise erheblich.